

Der Klub der BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23. September 2021 gemäß §23 BV-GO nachfolgende

Anfrage

zum Betreff: Delogierungen in Rudolfsheim-Fünfhaus

Der Nationalrat hat mit seinem 145. Bundesgesetz Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro für die Jahre 2021-2023 als Delogierungsprävention beschlossen. Daraus ergibt sich gemäß § 23 der GO der BVs folgende

Anfrage

1. Wieviele Mieterinnen und Mieter in unserem Bezirk sind seit Juli 2020 von coronabedingten Mietrückständen und damit von Kündigungen/Zahlungsbefehlen und Delogierungen betroffen?
2. Wieviele Betroffene haben sich aus unserem Bezirk und in welcher Höhe um entsprechende Unterstützung bereits an das Bezirksamt und/oder an das zuständige Ministerium (Soziales, Gesundheit etc.) gewandt

Begründung

Die Initiative des Nationalrates zur Wohnungssicherung ist für viele Menschen in unserem Bezirk von äußerster Wichtigkeit. Kein Mieter, keine Mieterin darf auf Grund von coronabedingten Zahlungsschwierigkeiten seine/ihre Wohnung verlieren. Es wäre auch wichtig, dass die Bezirke entsprechende Aufklärungsarbeit für die MieterInnen im Bezirk initiieren, bzw. diesbezügliche rechtliche Beratung anbieten.